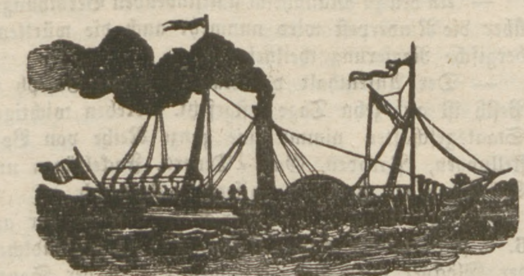
Danziger Dampfboot.

№ 67. **1867.**

Mittwoch, den 20. März. **38ster Jahrgang.**

Das „Danziger Dampfboot" erscheint täglich Nachmittags 5 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.
Abonnementspreis hier in der Expedition Portechaisengasse Nr. 5. wie auswärts bei allen Königl. Postanstalten pro Quartal 1 Thlr. — Hiesige auch pro Monat 10 Sgr.



Staats-Lotterie.

Berlin, 19. März. Bei der heute fortgesetzten Ziehung der 3. Klasse 135fter Königl. Klassen-Lotterie fiel der Hauptgewinn von 15,000 Thlr. auf Nr. 27,663. 1 Gewinn von 5000 Thlr. auf Nr. 54,696. 2 Gewinne zu 2000 Thlr. fielen auf Nr. 25,057 und 81,119. 1 Gewinn von 1000 Thlr. fiel auf Nr. 15,051. 1 Gewinn von 600 Thlr. auf Nr. 26,291. 6 Gewinne zu 300 Thlr. fielen auf Nr. 31,968. 39,399. 42,320. 44,735. 66,450 u. 88,674, und 10 Gewinne zu 100 Thlr. auf Nr. 11,139. 27,989. 29,791. 47,121. 67,144. 72,333. 79,068. 91,304. 93,797 und 94,192.

Telegraphische Depeschen.

München, Dienstag 19. März.

Die „Bayersche Zeitung" veröffentlicht den Wortlaut eines Schutz- und Trutzbündnisses zwischen Preußen und Bayern, abgeschlossen am 22. August 1866. Art. 1 des Bündnisses garantirt gegenseitig die Integrität des Gebietes und verpflichtet die kontrahirenden Mächte, im Falle eines Krieges ihre volle Kriegsmacht einander zur Verfügung zu stellen. Art. 2 überträgt für den Kriegsfall Sr. Maj. dem Könige von Preußen den Oberbefehl über die Truppen Sr. Maj. des Königs von Bayern. Art. 3 bestimmt die vorläufige Geheimhaltung dieses Bündnisses.

— Die „Bayersche Ztg." begleitet die Veröffentlichung des preußisch-bayerschen Bündnißvertrages mit einem anscheinend offiziösen Artikel, in welchem es heißt: Zur loyalen Durchführung des Vertrages gehöre, daß die bayersche Regierung mit aller Entschiedenheit, mit allen verfassungsmäßigen Mitteln darauf dringt, ein dieser Vereinbarung entsprechendes Wehrgesetz baldmöglichst zur Durchführung zu bringen. Der Artikel schließt: „Wir theilen nicht die Befürchtung, daß die Veröffentlichung dieses Vertrages die guten Beziehungen Deutschlands zum Auslande und namentlich zu Frankreich stören wird; wir glauben vielmehr, daß die Veröffentlichung als nothwendige Konsequenz des dort so offen hervorgehobenen und gebilligten Nationalitätsprinzips erachtet wird, daß man dieselbe als einen Beweis für die Einigkeit der deutschen Regierungen und eben deshalb als eine Bürgschaft des Friedens auffassen wird." — In Folge der Veröffentlichung des preußisch-bayerschen Schutz- und Trutzbündnisses hat der Militärausschuß in seiner heutigen Sitzung beschlossen, die Staatsregierung zu ersuchen, daß die Berathung über die sonst dem Ausschuß vorliegenden Gegenstände bis zur Vorlage eines die ganze Materie umfassenden und regulirenden Entwurfs verschoben werde.

Wien, Dienstag 19. März.

Die „Freie Presse" meldet, Oesterreich habe Preußen den österreichisch-deutschen Münzvertrag gekündigt.

— Die von französischen und belgischen Blättern angeblich aus Wien in Form eines Telegramms vom 16. März mitgetheilte Behauptung, daß der Gesandte Rußlands in Wien Aufklärung über die österreichischen Rüstungen verlangt habe, ist, nach officieller Versicherung, ebenso Erfindung, wie alles über eine bevorstehende österreichische Antwort Behauptete. Der Gesandte Rußlands, Graf v. Stackelberg, ist schon seit Wochen auf Urlaub von Wien abwesend.

Belgrad, Dienstag 19. März.

Wie verlautet, wird Fürst Michael von Serbien am nächsten Montage sich nach Konstantinopel begeben. Die Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft ist angegangen worden, zu diesem Zwecke einen Dampfer bereit zu halten.

Paris, Dienstag 19. März.

Ueber die Interpellation Thiers beschloß die Kammer in ihrer gestrigen Sitzung, nachdem noch Favre, Cassagnac, Thiers und Rouher gesprochen hatten, mit 219 gegen 45 Stimmen Uebergang zur Tagesordnung.

London, Dienstag 19. März.

Disraeli brachte in der gestrigen Sitzung die Reform-Bill des bekannten Inhalts ein. Der Gesammt-Eindruck war ein ungünstiger. Die erste Lesung wurde gestattet. — Die Königin von Dänemark ist angekommen. — Durch einen großen Sturm sind viele Schiffsunglücke verursacht.

Petersburg, Dienstag, 19. März.

Die „Senatszeitung" schreibt: Der gegenseitigen Bodencreditbank leistet die russische Regierung Garantie für die Zinszahlung und Amortisation ihrer Pfandbriefe. Die Besitzer der gekauften polnischen Güter in den Westprovinzen genießen eine doppelte Darlehnsgewährung, welche die Krone mit Krongütern gewährleistet.

Norddeutscher Reichstag.

15. Plenar-Sitzung. Dienstag, 19. März.

Präsident: Dr. Simson. Am Tisch der Bundes-Commissare: Graf Bismarck, Frhr. v. d. Heydt, Graf Itzenplitz, v. Savigny und 4 Commissare der außerpreußischen Regierungen. Die Tribünen, Logen und Plätze im Hause sind zahlreich besetzt; in der Hofloge Se. Hoh. der Herzog v. Meiningen. Der Präsident eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 12 Minuten mit den gewöhnlichen geschäftlichen Mittheilungen. Neu eingetreten sind seit gestern die Abgg. Müller und Weigel. Das Haus tritt demnächst in die Tagesordnung: die Fortsetzung der Berathung des Verfassungsentwurfes, Abschnitt II. Bundesgesetzgebung. Neue Anträge sind eingereicht von den Abgg. Rohden, Dr. Prosch und Dr. Freitag. Es wird die Generaldiskussion über den ganzen Abschnitt II. eröffnet. Der erste Redner ist der Abg. Schraps (dem der Abg. Oehmichen das Wort abgetreten hat). Anfangs habe ich den Antrag des Abg. Zachariä mit Freuden begrüßt, jetzt spreche ich dagegen, weil ich fürchte, es würde in der Befürwortung desselben ein Mißtrauen ausgesprochen werden gegen die Bürgschaften unserer Verfassung. Die Einzelstaaten haben ein Recht auf Selbstständigkeit. Daher ist der Antrag des Abg. Zachariä überflüssig. Besonders im Recht müssen die Eigenthümlichkeiten des Volkes geschont werden. Insbesondere im Strafrecht und der Prozeßordnung würden die Schwierigkeiten der Gleichmachung sehr groß sein. Abg. Rohden: Man hat nur die materiellen Interessen berücksichtigt, nicht auch das Vereinsrecht, Versammlungsrecht und die gemeinsamen religiösen Interessen. Im Strafrecht und Strafprozeß müssen wir gemeinsame Bestimmungen haben. Abg. Schrader: Ich habe gewünscht, mich über meine Stellung zu dem Entwurfe auszulassen. — — (Präs.: Jetzt ist aber nicht Generaldiskussion.) — Im Bundesstaate kann Deutschland allein zu einem gesunden Gesammtleben gelangen. Ich fürchte, daß die vorgelegte Verfassung das bundesstaatliche Element gefährden würde. Die Kompetenzen müssen schärfer getrennt werden. Darum schließe ich mich dem Amendement Zachariä an. Ich habe zu Art. 3 zwei Amendements gestellt: Das eine, um den Nichtdeutschen im Bunde ihre nationalen Rechte zu sichern. In Nordschleswig ist übrigens die Bevölkerung überwiegend deutsch. (Präsident unterbricht mit der Bemerkung den Redner, daß das nicht zur Sache gehöre.) Was das zweite Amendement angeht, so muß der Bundesstaat seinen Gliedern das gebührende Maaß persönlicher Freiheit gewähren, um so die Süddeutschen herüberzuziehen. Ebenso sind Zusicherungen in Betreff der evang. Kirche nöthig. Ich will Ihre Zeit nicht länger in Anspruch nehmen. (Bravo.) Man hat uns darauf aufmerksam gemacht, daß wir manchmal auch einen Eichbaum pflanzten, obwohl wir wüßten, daß erst unsere nachfolgenden Geschlechter den Schutz seines Schattens genießen werden; das ist richtig, sorgen wir daher dafür, daß hier in Wahrheit ein Eichbaum gepflanzt werde, nicht etwa ein Birkenreis. — Ueber einen Vorschlag des Abg. Graf Schwerin, gleich die einzelnen Artikel zur Diskussion zu stellen, entspinnt sich eine längere geschäftliche Debatte, an der sich die Abgg. v. Sybel, v. Vincke (Hagen), Twesten, Lasker, Rohden und Michaelis betheiligen. Das Resultat derselben ist, daß der Abg. Graf Schwerin den Antrag auf Schluß der Generaldiskussion über Abschnitt II. stellt, derselbe wird ausreichend unterstützt und angenommen. Hierauf wird die Spezialdebatte über Art. 2 eröffnet. Der dazu vorliegende Antrag des Abg. Zachariä faßt die Art. 2 und 5 zusammen. Der Abg. Twesten hat gegen diese Verbindung nichts einzuwenden; wünscht aber, daß der von ihm zu Art. 5 gestellte Antrag hier nicht mit in die Diskussion gezogen werde. Da der Abg. Zachariä auf eine getrennte Berathung nicht eingeht, bleibt es bei der Verbindung. — Abg. Haberkorn (für Art. 2): Die Selbstständigkeit ist den verbündeten Staaten versprochen. Davon will ich nicht mehr aufgeben, als zur Gründung des Bundes nothwendig ist. Der Antrag Zachariä's erscheint mir nicht als eine Verbesserung des Art. 2. — Abg. Zachariä: Die Praxis allein kann es nicht thun, auch die Prinzipien und Begriffe kommen hinzu. Alle diejenigen Rechte, welche der Centralgewalt nicht übertragen werden, müssen principiell den Einzelstaaten verbleiben. Mein Antrag ist allerdings selbstverständlich, allein in allen Verfassungen steht viel, was selbstverständlich ist. — Abg. Wagner-Neustettin: Das Unmaaß der Amendements schreibe ich der Beredtsamkeit unserer Nation zu. (Heiterkeit.) Hier handelt es sich nicht um einen Spaziergang im constitutionellen Leben, sondern um einen vertragsmäßigen Entwurf. Das vorliegende Amendement wird grade das Gegentheil seines Zweckes erreichen. Die Auslassung der Bundesgewalt im Sinne des Amendements scheint mir beabsichtigt zu sein. Eine gesonderte Gewalt kann nicht den einzelnen Staaten zu Gute kommen. Das gewünschte Bundesgericht zur Schlichtung von Zweifeln ist nicht nöthig, da der Entwurf diese Befugniß dem Bundes-Rathe vindicirt. Dem Amendement scheint der Gedanke unterzuliegen, daß die Bundesgesetzgebung schon da sei; eine solche Anticipation ist gefährlich. Darum bin ich für unveränderte Annahme des Artikels. (Bravo.) — Abg. Elissen: Der Antrag hat entweder Bedeutung, oder keine (Heiterkeit), hat er keine, wie dies formell scheint, so bin ich dagegen; hat er die, welche ich vermuthe, so bin ich auch dagegen. Mit derselben Kühnheit und Grazie wird der Reiter, der über Artikel 11 der deutschen Bundesgesetzgebung galoppirte, auch über jedes Hinderniß hinwegsetzen, welches der Entwickelung der Nation im Wege steht. (Heiterkeit und Bravo.) Werden die wichtigsten Amendements eingebracht, so ist es die Frage, ob man sich für das Ganze wird erklären können. — Abg. Miquel: Der Reichstag muß den Antrag des Abg. Zachariä ablehnen. Zwar stimme ich mit ihm darin überein, daß die Souveränetät der einzelnen Staaten nur noch auf der Verfassung beruht, aber ich stimme andererseits auch den Gründen des Abg. Wagner bei, daß der natürlichen Entwickelung einer Nation durch derartige formale Verfassungsfragen keinerlei Schranken gesetzt werden dürfen. Ich bitte also den Antrag abzulehnen. Da der Abg. Graf zu Eulenburg auf das Wort verzichtet, wird die Discussion über Art. 2 geschlossen und nach einer geschäftlichen Bemerkung des Abgeordn. Zachariä zur Abstimmung übergegangen, in welcher der Antrag des Abg. Zachariä in seinen beiden ersten, auf Art. 2 sich beziehenden Theilen abgelehnt, dagegen Art. 2 der Regierungs-Vorlage fast einstimmig angenommen wird. Darauf nimmt der Vertreter der hessischen Regierung, Geh. Legationsrath v. Hoffmann, das Wort: Der Art. 3 ist nicht in seiner ursprünglichen Fassung in den Entwurf übergegangen. Wenn man auch mit dem Princip einverstanden war, so konnte man sich nicht verhehlen, daß durch seine Annahme tief in die Verwaltungsgrundsätze eingegriffen werde. Die Ausweisungs-Gesetze sind im Jahre 1851 zur vollen Zufriedenheit geregelt worden, daher ist auf diesen Vertrag Bezug genommen. Wenn im Art. 3 noch Manches vermißt wird, so wird sich dies später nach Maaßgabe von Art. 4 ergänzen lassen. Ich empfehle Ihnen daher unveränderte Annahme des Art. 3. Abg. Simon beantragt vorerst über den Antrag Bouneß-Schulze zu debattiren. Nach mehreren Bemerkungen von einzelnen Rednern wird der Antrag Simon angenommen. — Abg. Schulze (Berlin): (für seinen Antrag auf Verweisung an eine Commission.) Selbst wenn wir uns auf den materiellen Standpunkt

stellen, müssen wir für Gewährung ausreichender Grundrechte uns aussprechen. In einer Commission wird die Sache gründlich vorberathen werden können. Redner erinnert an die Geschichte von 1806. Keine Verfassung kann sich von der Gewähr solcher Garantieen losmachen. Selbst die Wiener Akte bieten solche dar. Die socialen Fragen überwiegen jetzt die politischen, und ihr Ziel ist das humane Element. Und hierfür müssen die Grundrechte festgestellt werden, und dazu ist mein Antrag der beste Weg. — Abg. Grumbrecht: Ich bin gegen den Antrag, einmal, weil seine Ausführung zu viel Zeit erfordern wird, und dann, weil die öffentliche Meinung, mehr auf Einheit gerichtet, solchen Bestrebungen jetzt nicht günstig ist. — Die Discussion über die Vorfrage wird hierauf geschlossen und der Antrag Schulze-Bouneff abgelehnt; dafür stimmte u. A. der Abg. v. Bockum-Dolffs. — Es folgt die Discussion über Artikel 3. — Abg. Dr. Jaeger (für den Artikel): Wir Vertreter der thüringischen Staaten sind hier, um das Einigungswerk zu fördern. Artikel 3 enthält Grundrechte genug, um die übrigen nach und nach zu erringen; darum bedarf es keines Schema's von Grundrechten. Wollten wir es durchsetzen, daß die Grundrechte jetzt in die Verfassung aufgenommen werden, so würde das eine weit schwierigere Arbeit sein, als wenn wir es der künftigen Reichstagsgesetzgebung überlassen, sie würden dann sicherer hineingebracht werden als jetzt. Ich stimme für die Annahme dieses Artikels. (Rufe nach Vertagung). — (Vicepräsident v. Benningsen übernimmt das Präsidium). — Abg. Scheerer: Ich stimme mit dem Abgeordneten Wagner überein, daß der uns vorliegende Entwurf eine verfassungsmäßige Grundlage habe und daß dieselbe nicht alterirt werden darf und kann, ohne das Werk zu gefährden; der Artikel 3 spricht von einem gemeinsamen Indigenat, da er es aber gleich darauf durch gewisse Bestimmungen beschränkt, so glaube ich, daß durch dasselbe dem bei Weitem größten Theil der Bewohner des Norddeutschen Bundes sehr wenig geholfen ist, und daß seine Beschränkung auf die Dauer nicht bestehen könne. Mein Amendement in Bezug auf die religiöse Freiheit würde ich nicht gestellt haben, wenn nicht auch von anderer Seite Amendements gestellt wären. Die Katholiken in Preußen sind mit derselben Freude in den Krieg gegangen, als die Evangelischen. Alle Grundrechte sind Menschenwerk. Die religiöse Freiheit löst einzelne Unterthanen von der Fessel, an die sie wegen ihres Glaubens gebunden sind. Das ist das erste Grundrecht. Bundeskommissar v. Savigny: Die Bestimmungen über die Freizügigkeit 2c. sollen der ferneren Entwicklung auf dem Gebiete der Gesetzgebung erhalten bleiben. Die preußische Regierung hat das religiöse und sittliche Gebiet der Autonomie der einzelnen Staaten nicht entzogen wissen wollen. Wir haben im Allgemeinen nur die Gesammtkräfte der Nation auf jenen Gebieten zusammenfassen wollen, auf welchen sie zu ihrer Entwicklung am Tüchtigsten sind. Die Errungenschaften, deren wir uns in Preußen erfreuen, sind nicht in Frage gestellt und die wollen wir auch nicht in Frage gestellt wissen. Wir wollen sie gewähren und wir haben ein solches Vertrauen zu der wärmenden Kraft dieser Principien, daß wir nicht daran zweifeln, sie bald überall adoptirt zu sehen. Der Entwurf hat den Vorzug, daß er nicht mehr bietet, als er bieten kann. (Bravo.) — Braun (Wiesbaden) wünscht unbeschränkte wirthschaftliche Zugfreiheit.

Politische Rundschau.

— Die beiden Häuser des Landtags, deren Berufung nach Berlin im Juni d. J. entgegengesehen wird, sollen nur 3 bis 4 Wochen zusammenbleiben.

— Es sind die vom Landtage am Genossenschaftsgesetze vorgenommenen Aenderungen von der Staatsregierung acceptirt. Daß dasselbe noch nicht publicirt ist, liegt daran, daß die „Instruction" zur Ausführung noch nicht fertig ist.

— Der heutige „Staatsanzeiger" veröffentlicht die Bündnißverträge zwischen Preußen und Bayern vom 22. August 1866 und zwischen Preußen und Baden vom 17. August 1866. Die identischen Schutz- und Trutzbündnisse garantiren die gegenseitige Gebiets-Integrität und verpflichten, im Kriegsfalle die volle Kriegsmacht einander zur Verfügung zu stellen. Bayern und Baden übertragen im Kriegsfalle den Oberbefehl ihrer Truppen dem Könige von Preußen. Die Verträge sollten vorerst geheim bleiben. Die Ratifikationen haben stattgefunden.

— Es bestätigt sich, daß die Dotations-Angelegenheit vor einiger Zeit ihre Erledigung erhalten hat. Die mit dem National-Geschenk Beehrten sind durch Cabinets-Ordre von der Entscheidung des Königs in Kenntniß gesetzt worden, und hat der König mit dieser Kundgebung zugleich den Ausdruck huldreichster Anerkennung verbunden und den Wunsch ausgesprochen, daß die Betheiligten ihre Dotation in festem Grundbesitz anlegen mögen.

— Von Seiten des Kriegsministers werden 5 bis 6 Aerzte nach Paris gesandt, welche dort die neuesten Erfindungen in der Fabrikation künstlicher Gliedmaßen studiren sollen, damit die gewonnenen Erfahrungen für die im letzten Kriege verstümmelten Krieger in Anwendung gebracht werden können.

— Dem Vernehmen nach werden in Berlin für Rechnung der russischen Regierung viele Proviantwagen und andere zu militärischen Zwecken bestimmte Fahrzeuge gebaut.

— In der Abtheilung für Eisenbahnwesen im Handelsministerium finden jetzt Conferenzen zwischen preußischen Commissarien und denen der kleineren Staaten des norddeutschen Bundes Statt, welche sich auf die Herstellung der Einheit des Eisenbahnwesens im norddeutschen Bunde beziehen.

— Ein neuer nicht ganz schlechter Kalauer wird kolportirt. Die national-liberale Fraktion des Reichstages wird sich fortan „Fraktion Hoff-man" (nicht Hofmann) nennen. Börne meinte freilich, daß alle Deutschen eigentlich „Hoff-man" heißen sollten.

— An den zu Mannheim stattfindenden Berathungen über die Rinderpest wird nunmehr auch die württembergische Regierung theilnehmen.

— Der Aufenthalt des Kaisers Franz Joseph in Pesth ist auf zehn Tage festgesetzt. Neben wichtigen Staatsgeschäften nimmt eine ganze Reihe von Vorstellungen, Paraden, Gala-Diners, Fackelzügen und Ständchen die Zeit des Kaisers in Anspruch.

— Aus Ungarn wird berichtet, daß bei der am 6. d. stattgehabten Sonnenfinsterniß in einem Städtchen der Glöckner durch den röthlichen Schein der Sonne zu dem Glauben verleitet sei, es sei irgendwo eine Feuersbrunst ausgebrochen, und deshalb die Sturmglocke in Bewegung setzte. Eine mit Peitschen versehene Deputation brachte den Glöckner zur Einsicht seines Irrthums.

— Von dem polnischen Blatte, dem Krakauer „Czas", wird, zum ersten Male in einem hervorragenden polnischen Organe, die Idee eines österreichischen Großpolens ausgesprochen. Dasselbe bemerkt bei der Besprechung der bevorstehenden Krönungsfeier in Pesth, daß sein politischer Gedanke stets der gewesen sei, daß der Krönung in Pesth die Krönung in Prag und endlich die in Warschau folgen werde. „Wenn Rußland", sagt das Blatt, „eine rutheuische Frage aufwirft, so mag Oesterreich getrost die polnische Frage in die Hand nehmen, und die Großmächte Europa's werden auf seiner Seite stehen." —

— Daß in Thessalien und Epirus Ruhe herrscht, wird jetzt auch aus Athen bestätigt. Man kann nun schon glauben, „daß die Insurgenten aus ihren Stellungen vertrieben und in die Berge geflüchtet sind", da es die Griechen selber sagen.

— Garibaldi ist in Turin eingetroffen und wird von da über Genua nach Caprera zurückkehren. Wer hätte aber geglaubt, daß Garibaldi schließlich den von ihm so viel geschmähten „Pfaffen" noch in's Handwerk pfuschen würde? Das hat er aber in Verona gethan, wo er überhaupt sehr priesterlich gestimmt war und das Volk mehrmals im Namen Gottes segnete. Da war aber ein Schneider in Verona, Namens Amadeo Sommacampagno, und dieser hatte fünf Buben, von denen der jüngste, im Alter von neun Monaten, noch nicht getauft war. Als nun Garibaldi im Café des Bahnhofs stand und des abgehenden Zuges harrte, traten Maurelli, der Verwalter des demokratischen Vereins, und ein schönes Mädchen aus dem Volke heran, um das Anliegen des Schneiders vorzubringen, welcher wünschte, daß Garibaldi sein Söhnlein taufen möge. Der General willigte ein, und man brachte den Knaben, welcher die Taufe der Demokratie erhalten sollte. Garibaldi aber sprach zum Knaben: „Gieb mir einen Kuß! (Die Hand auf dessen Haupt legend.) Ich taufe Dich im Namen Gottes; es segne Dich Christus, der Gesetzgeber der Humanität. Wachse heran frei und tugendhaft, ein Feind der Heuchler, ob sie sich Priester oder Jesuiten nennen. Befreit von den Vorurtheilen, sei bereit mit Deinem Blut, wenn es das Vaterland verlangt; wachse heran und sei stark, immer bereit, die Unterdrücker und die Fremdherrschaft zu bekämpfen. Gieb mir einen Kuß! Ich grüße Dich!" Als die Umstehenden einen Namen verlangten und „Garibaldi" riefen, wehrte er ab und sprach dann den Namen des Republikaners Chiassi. Möge dem Schneider und seinem Buben diese Weihe recht wohl bekommen!

— Die spanischen Wahlen sind abgemacht; da die Regierungs-Partei allein an der Urne erschien, so war der Ausfall selbstverständlich ein überaus günstiger für die Krone; nur die Kandidaten wurden gewählt, welche von Seiten der Regierung bezeichnet und so zu sagen vorernannt waren.

— Am 8. Juli wird im Saale der Pariser Welt-Ausstellung ein Preissingen für Chor eröffnet werden. Die hervorragendsten Gesangvereine Europa's sind eingeladen, sich daran zu betheiligen. Jeder Verein wird zwei Chöre nach seiner Wahl singen. Der Preis besteht in einer vergoldeten Krone von Silber und einer Summe von 5000 Franken. Vereine, welche der Kosten wegen nicht vollständig erscheinen können, dürfen sich durch Abgeordnete und ihre Fahne bei diesem internationalen Feste vertreten lassen.

— Vor einigen Tagen wurde durch den englischen Telegraphen und die Post, sowie durch die Dubliner Presse und durch die englischen Specialcorrespondenten eine haarsträubende Geschichte von einem Fenierangriff auf die Polizeicaserne von Mountmellick in Umlauf gesetzt. Zehn Constabler hielten einen stundenlangen Sturm von einer nach Hunderten gezählten fenischen Armee aus, und schlugen dieselben nach einem erbitterten Kampfe und vermitelst eines kühnen Ausfalls zurück, so daß die Rebellen nicht einmal Gelegenheit hatten, ihre Todten und Verwundeten mit sich zu nehmen. Jetzt stellt es sich heraus, daß an dem sagenverherrlichten Orte nie ein Kampf stattgefunden hat. Einige Trunkenbolde feuerten in der Nähe der Caserne ein Pistol ab, worauf die Polizeimannschaft hervorstürzte, auf's Geradewohl eine Salve in die offene Straße gab und einen Ladenhalter, der sich zufällig vor seiner Thüre befand, eben so zufällig erschoß.

— Die Locomotivführer und Heizer der englischen Bahnen haben eine Agitation für Verkürzung ihrer Arbeitsstunden in's Werk gesetzt. Obgleich verhältnißmäßig gut bezahlt, sind sie, bei einer Arbeitszeit von 17 Stunden jeder ungünstigen Witterung ausgesetzt, gegen die große Mehrzahl der arbeitenden Klassen ungünstig gestellt und fordern daher, neben einer Verkürzung der Arbeitsstunden, eine Regelung der Lohnsätze und Vergütung der über die reglementsmäßigen Dienststunden hinausgehenden Fahrleistungen, sowie einen freien Sonntag für je vierzehn Tage. Sie stellen ein Corps von 26,000 Mann dar, und groß würde die Noth sein, wenn diese Locomotivgarde einmal an einem schönen Morgen unmuthig die Arbeit einstellte. Der Anfang ist damit schon gemacht, denn sie haben den betreffenden Eisenbahn-Gesellschaften zunächst ihre Forderungen vorgelegt.

— Laut Nachrichten aus New-York hat sich in der vom Repräsentantenhause angeordneten Untersuchung über Geschäfte, welche der Präsident mit Congreßmitgliedern gemacht haben sollte, herausgestellt, daß alle gegen Johnson vorgebrachten Beschuldigungen unbegründet seien; in Folge dessen hat auch das Anklageproject viel von seiner Popularität verloren.

Locales und Provinzielles.

Danzig, 20. März.

— Die gestrige Versammlung der entschiedenen Liberalen im Schützenhause eröffnete Herr Justizrath Weiß und trat dann wegen Unwohlseins den Vorsitz an Herrn Prediger Röckner ab. Derselbe verlas zunächst den § 5 des Vereinsgesetzes, ersuchte darauf die Versammlung, demselben Behufs Vorbeugung einer wiederholten Auflösung nachzukommen, und theilte den sich bezüglich der letztgedachten polizeilichen Maßnahme beschwerdeführend an das Königl. Polizei-Präsidium sich gewendeten Mitgliedern mit, daß der Herr Polizei-Präsident die Auflösung der Versammlung für gerechtfertigt erachtet habe. Redner knüpft die Verhandlungen nunmehr an die am Sonnabend verlassene Stelle an und erörtert, daß die Frage: ob Hr. O. Steffens definitiv als Wahlkandidat aufzustellen, unerledigt geblieben sei. Der Kürze des Wahl-Termines wegen, habe sich das Comité daher entschließen müssen, das Votum der Vertrauensmänner hierüber entscheiden zu lassen und demnächst die heutige Versammlung nur zur nachträglichen Zustimmung zu berufen. Das Comité und die Vertrauensmänner hätten einstimmig den Beschluß gefaßt, Hrn. O. Steffens zu wählen, und sei demzufolge bereits alles arrangirt, um für diesen Kandidaten an die Wahlurne zu treten. Redner ersucht die Versammlung, dieses Verfahren als ein gerechtfertigtes anzuerkennen, umsomehr als sich bei der Lage der Sache nichts mehr ändern lasse. Eine Stimme: „Das wird sich später finden." (Allgemeine Heiterkeit.) Hr. O. Steffens (welcher von einem Theile der Versammlung mit Beifall empfangen wird) spricht seine Freude über diese Gunstbezeugung aus und giebt nochmals Aufklärung über die bekannten Differenzen mit der nationalen Partei. Redner erklärt sich bereit, die Kandidatur anzunehmen, umsomehr als keine Zeit zu einer andern Wahl mehr übrig sei. Seine politische Richtung sei zwar bekannt, doch wolle er nochmals wiederholen, daß er ein einiges Norddeutschland begründen helfen wolle, sobald der Einheit — nicht die Freiheit zum Opfer fallen dürfe. Am Bundes-Verfassungsentwurf tadelt Redner, daß das Budgetrecht nicht darin gewahrt sei, die Steuern ungleich vertheilt wären, das Minister-Verantwortlichkeits-Gesetz fehle und in volkswirthschaftlicher Beziehung nicht genügend gesorgt sei, da die Freizügigkeit nicht garantirt werde. Als Parlaments-Mitglied würde er die Rechte des Volkes in allen Punkten wahren, und von diesem Gesichtspunkte aus habe er bereits seit dem Jahre 1848 in Danzig in politischen Versammlungen gewirkt und den Liberalismus gefördert. Herr Röckner bekundet, daß die Schädigung der Volksrechte recht eigentlich von dem Zeitraum ab begonnen, wo man sich der unseligen Vertrauensseligkeit hingegeben habe. Das Volk müsse selbst für sich arbeiten. Der Vorsitzende ersucht die Versammlung, das Comité bis zur völligen Beendigung der Nachwahl bestehen zu lassen — was genehmigt wird. Eine Anfrage: ob Herr Steffens für den Verfassungsentwurf stimmen werde, wenn die Volksrechte darin gewahrt werden? beantwortet der Gefragte mit: Ja! Herr Kaufmann Kloß meldet sich zum Wort und wird mit großem Jubel auf der Tribüne empfangen. Derselbe stellt die Frage: ob noch

über die Kandidatur des Herrn Steffens abgestimmt wird oder nicht? (Zustimmung und Widerspruch.) Der Vorsitzende muß fast 5 Minuten läuten, ehe die Versammlung zur Ruhe zurückkehrt.) Herr Röckner erklärt eine Abstimmung nach Lage der Sache für unmöglich, da bereits die Wahl des Herrn Steffens geschehen und acceptirt sei. Herr Kloß erklärt, daß er weder für noch gegen die Herren Steffens oder Bischoff sprechen, sondern nur einen Antrag einbringen werde. (Redner verliest denselben unter großer Unruhe der Versammlung.) Derselbe lautet dahin, daß die liberalen Fraktionen sich einigen mögen, um geschlossen der konservativen Partei gegenüberzutreten. Herr Röckner und Herr Schwander weisen den Antrag zurück. Da jedoch eine solche Bewegung zu Gunsten des Herrn Kloß entsteht, daß Niemand sein eigenes Wort hören kann, so sieht Herr Röckner sich genöthigt, die Versammlung zu ersuchen, sich in entschiedene Liberale und National-Liberale zu theilen. Nach längerer Pause gelingt dies, und nun wendet sich der Vorsitzende an Erstere und erklärt, daß selbige sich unmündig machen würden, wenn sie dem Antrage folgten. Herr Dr. Sachse beantragt Schluß. Herr Hybbeneth ertheilt den sich hierauf entfernenden National-Liberalen noch die Lektion, sich künftig eines parlamentarischen Taktes zu befleißigen. (Allgemeine Heiterkeit.)

— Der kommandirende General des 1. Armee-Corps Excellenz Vogel v. Falkenstein macht durch eine Publikation darauf aufmerksam, welches der richtige Instanzenweg Behufs Anbringung von Reklamationen, Gesuchen und Beschwerden im militairischen Interesse ist und warnt Winkelschreiber und Querulanten vor der Strenge der Gesetze bei Uebertretungen, welchen eine Verführung zur Ueberschreitung der gesetzlichen Bestimmungen zu Grunde liegt.

— Mit Ablauf dieses Jahres wird eine Neugestaltung der Landwehr vor sich gehen. Um diese Zeit treten nach dem Reorganisationsplan der Armee vom Jahre 1860 die ersten Reservemannschaften der damaligen Eingestellten in das Landwehrverhältniß über. Mit den Garde- und den Linien-Regimentern correspondirend, soll die Wehrkraft der Landwehr zukünftig, unter Reduction auf je zwei Bataillone, zu 9 Garde- und 88 Linien-Landwehrregimentern formirt werden. Bei einem Bestande von somit 18 Garde- und 176 Linienbataillonen wird sich gegen die bisherige Stärke eine Vermehrung von 68 Bataillonen herausstellen. Bei einer Kopfstärke von 500 Mann per Bataillon wird alsdann die Landwehr-Infanterie I. Aufgebotes für den Fall einer Mobilmachung mit 97,000 Mann in's Feld rücken können. Eine Reorganisation der Landwehr-Cavallerie steht ebenfalls bevor.

— Es war vor Kurzem das Gerücht verbreitet, die preußische Regierung habe eine für die türkische Regierung in England gebaute Panzerfregatte gekauft, nachdem der Schiffsbauer den Contract mit der türkischen Regierung wegen finanzieller Schwierigkeiten aufgelös't hatte. Diese Nachricht, obgleich von der officiösen Presse nicht dementirt, scheint doch nicht richtig zu sein, dagegen soll es sich bestätigen, daß in Amerika eine Panzerfregatte für die preußische Regierung gebaut wird, und daß zur Ueberwachung des Bau's Capitän Werner sich über London dorthin begeben hat. Uebrigens schließt dieser Bau jene Erwerbung nicht aus, obgleich Preußen für den Augenblick mit großer Vorsicht bei Vermehrung der Panzerschiffe vorgeht und in diesem Augenblick außer den drei Panzerfregatten, deren zwei in Frankreich schon vom Stapel gelaufen sind, keine weiteren Schiffsbauten für dieses Jahr (diejenigen in Danzig ausgenommen) in Aussicht hat. Man sammelt aufmerksam die mit Panzerschiffen in andern Ländern gemachten Erfahrungen, prüft die Vor- und Nachtheile der passageren Bepanzerung durch Ketten und wartet vor Allem die Constituirung des Bundes ab. Dem Reichstage wird übrigens eine sehr ausführliche Denkschrift über die maritimen Verhältnisse des Bundes vorgelegt werden.

— Wie es heißt, steht der Kronfideicommiß wegen Ankaufs der 33,000 Morgen großen Forstwirthschaft Raudnitz, im Regierungsbezirk Marienwerder, in Verhandlung, als deren zukünftiger Besitzer der Kronprinz genannt wird. Es wäre dies das erstere größere Landbesitzthum, welches die Krone nach der Herrschaft Flatau in der Provinz Preußen erwürbe.

— Den Geburtstag Sr. Maj. des Königs wird der Preußische Volksverein durch ein patriotisches Konzert im Selonke'schen Etablissement begehen.

— Das dritte Konzert zum Besten hilfsbedürftiger Lehrerwittwen findet unter Leitung des Herrn Musik-Direktors Mäklenburg am nächsten Sonnabend im Schützenhause statt.

— Die Vorlesung, welche gestern Abend im Gewerbehause zum Besten des Johannesstifts von Herrn Seminar-Director Schneider aus Bromberg abgehalten werden sollte, erfuhr eine Abänderung, indem Herr Pastor Hevelke an Stelle des aus unbekannten Gründen nicht erschienenen Herrn Schneider dieselbe übernahm und das bereits für eine frühere Versammlung bearbeitete Thema: „Das Bild Jesu" zum Gegenstande seines Vortrages machte.

— Im Gewerbe-Verein wird morgen Herr Dr. Kirchner einen Vortrag über „die Geschichte des Geldes" halten.

— Die Entscheidung des Königl. Obertribunals in einer Wechselsache macht allgemeines und gerechtfertigtes Aufsehen. Das Obertribunal hat nämlich entschieden, daß für einen an einem Sonnabend fälligen Wechsel der Montag der letzte Respekttag sei, indem es den Ausdruck des Wechselrechts „am zweiten Werkeltage" dahin interpretirt, daß es genügend sei, wenn der zweite Tag nach dem Verfalltage ein Werkeltag sei. Bisher galt es nämlich für feststehend, daß beide Tage Werkeltage sein müßten, die Protesterhebung eines am Sonnabend fälligen Wechsels daher noch am Dienstag erfolgen könne.

— Die Erdarbeiten zur Befestigung des Bischofsberges haben bereits wieder begonnen. Nach der ungeheuern Masse des den Winter hindurch herbeigeschafften Materials an Felsen und Ziegelsteinen scheint der ganze Plan für die neuen Anlagen auf bedeutende Dimensionen berechnet zu sein, was auf die große strategische Wichtigkeit dieses Punktes schließen läßt.

— Die Reinigung der Straße unter dem Hohenthore wird regelmäßig in einer Weise gehandhabt, welche für das dieselbe passirende Publikum außerordentlich belästigend ist. Das Fegen, ohne vorherige Anfeuchtung des Bodens, wirbelt nämlich eine solche Menge Staub empor, daß mit demselben jeder durch die Thorgewölbe Gehende förmlich überschüttet und vollständig geblendet in dem Bereich einer reinen Atmossphäre anlangt. Es ist dringend wünschenswerth, daß diese Art der Straßenreinigung für die Folge abgestellt wird. Ist es doch jedem Hauseigenthümer polizeilich geboten, vor seiner Thüre spritzen zu lassen, wenn daselbst gefegt wird. In einer so frequenten Straße, wie innerhalb des Hohenthores diese Maßregel nicht zu beobachten, ist doch mindestens rücksichtslos gegen das Publikum zu nennen.

— Gestern Morgen wurde der Eisenbahnarbeiter Lichtenhagen bei der Arbeit an der Eisenbahn in der Nähe des hohen Thores von einfallendem Erdreich und Steinen beschüttet und erlitt einen mehrfachen schweren Knochenbruch des rechten Unterschenkels. Der L. wurde sofort in das Lazareth geschafft. — Am Nachmittag mußte der Arbeiter Krüger in das Lazareth gebracht werden, weil er durch Ueberfahren mit einem schwer beladenen Wagen eine heftige Quetschung des Unterleibes und einen mehrfachen Knochenbruch des rechten Vorderarmes erlitten hatte. — Der Knecht Schröder aus Reichenberg erlitt gestern dadurch einen Knochenbruch des linken Oberarmes und des linken Oberschenkels so wie eine Gesichtsverletzung, daß die Pferde mit dem Wagen den Weichseldamm hinabgingen und der S. hierbei überfahren wurde. Er wurde bald darauf in das Lazareth geschafft. — Ebenso wurde gestern der in der Fabrik der Herren Steckel & Wagenknecht durch glühendes Eisen an beiden Unterschenkeln verbrannte Fabrikarbeiter Neumann in das Lazareth gebracht.

— Durch einen fallenden Balken wurden auf dem Möller'schen Holzfelde zu Legan gestern dem Holzarbeiter Davidowski aus Strieß beide Beine zerschmettert und derselbe in das Lazareth gebracht.

— Der Schlossermeister Herr Scherbart wurde vorgestern von einem Schiffsbohrer bei einem Streite über die Solidität der Arbeit mit einem Bohrer erheblich am Kopfe verletzt.

— Gestern Mittag 1½ Uhr entstand im städtischen Lazarath am Olivaer-Thore Feuer. — Es brannte die Dielung und Balkenlage unter einem Ofen des Giebelzimmers im Oeconomie-Gebäude, und waren alle Bemühungen der Bewohner, den Heerd des Feuers zu entdecken und dasselbe zu löschen, vergebens gewesen. — Erst der zur Hülfe herbeigerufenen Feuerwehr gelang es, durch Entfernung der brennenden Holztheile und unter Anwendung einer Spritze die Gefahr zu beseitigen. Es ergab sich hierbei, daß ein von der Küche des 1. Stockwerks zum Schornstein führendes eisernes Rohr in unmittelbarer Berührung mit der verbrannten Balkenlage stand und die Ursache zum Feuer gewesen war.

— Auf dem Tischler Sturtz'schen Grundstücke 3. Damm Nro. 14 entstand heute Morgen bald nach 9 Uhr ein Schornsteinbrand, der jedoch bei der guten Bauart des betreffenden russischen Rohres zu keiner Besorgniß Veranlassung gab und von der Feuerwehr bald beseitigt wurde.

— [Weichsel-Trajekt vom 19. März.] Terespol-Culm gänzlich unterbrochen; Warlubien-Graudenz per Kahn nur bei Tage; Czerwinsk-Marienwerder per Kahn nur bei Tage.

— Zu dem heute stattgefundenen Verpachtungstermine der Ländereien auf der Westerplatte, verbunden mit der Erlaubniß, die zum Betriebe der Gastwirthschaft erforderlichen Gebäude, sowie Badebuden am Seestrande zu errichten, hatten sich außer dem gegenwärtigen Pächter, Hrn. Spediteur Müller, die beiden früheren Pächter, die Herren Krüger und Wutsdorff, die Herren Rentier Fröhlich von hier, Christoph aus Langefuhr und Hr. Eigenthümer Witt aus Neufahrwasser eingefunden. Meistbietende blieben die Herren Wutsdorff mit 600 Thlr., Christoph mit 605 Thlr. u. Fröhlich, als Meistbietender mit 610 Thlr. — Für die gleichzeitig auf 20 Jahre vom 1. Juni d. J. ab auf der Westerplatte zu verpachtende Gras- und Weidenutzung blieben dieselben Herren Meistbietende, jedoch mit dem Unterschiede: daß Hr. Christoph mit 310 Thlr. Meistbietender blieb, während die andern beiden Herren je 10 Thlr. und 5 Thlr. weniger boten.

Neustadt. Ein seltener Diebstahl wurde in voriger Woche auf dem 1 Meile von hier belegenen, dem Rittergutsbesitzer Grafen A. Bninski gehörigen Gute Chraplewo verübt. Die Diebe machten sich nämlich über einen auf dem Felde befindlichen Roggenschober her, droschen denselben fast vollständig aus und nahmen den Roggen, ungefähr 50 Schffl, fort. Bis jetzt sind die Diebe, deren Zahl unbedingt groß sein muß, noch nicht ermittelt.

Marienburg. Daß eine Stadt, wenn es ihr ernstlich um ihren Aufschwung zu thun ist, auch einen solchen erreichen kann, legen die letzten Maßnahmen bei uns zu Tage. Wir leben nämlich in der sicheren Aussicht, unsere höchst mangelhafte Petroleumbeleuchtung (wir wollen die Hauptschuld nicht dem zeitigen Beleuchtungsrathe zuschreiben) binnen 8 Monaten durch Gas-Beleuchtung ersetzt zu sehen, und dürfen dieses schon als ein Ereigniß ansehen, um welches uns andere Städte gleicher Größe beneiden werden. Wie viele Jahre war diese Finsterniß, verbunden mit sehr schlechtem Pflaster, ein Stein des Anstoßes für Alle. Da nun auch die gründliche Renovirung des besagten Pflasters auf dem Stadthaushalt-Etat steht, so dürften die Klagen hierüber nun allmälig aufhören.

— Weiter ist es beschlossene Sache, daß die für die östlichen Armeecorps zu errichtende Kriegsschule mit ca. 100 Portepee-Fähndrichs in unser Schloß gelegt wird. Die von den betreffenden Generalstabs-Offizieren angestellten Ermittelungen haben ein für unsere Stadt günstiges Resultat ergeben. Auch die Unterhandlungen wegen Belegung unserer Stadt mit 1—2 Escadrons Ulanen nebst Regimentsstab sind dem Abschluß nahe, und dürfte auch hierin unser langes Sehnen nach einer Garnison Befriedigung finden. Die vergangenen Zeiten sind noch zu sehr in unserem Gedächtnisse und haben bei den immer wiederkehrenden Tumulten zu sehr das Verlangen nach militairischer Hülfe angeregt, es dürfte also auch hierin ein großer Wunsch erfüllt werden, abgesehen von den Vortheilen, welche dem Gewerbebetriebe durch die beiden letztangeregten Punkte erwachsen.

— Die Privat-Actienbank wird zum 1. Mai c. dem Verkehre übergeben; der Inhaber der Firma, Hr. D. Martens, und die Namen des Verwaltungs-Rathes verbürgen eine solide Grundlage und lassen erwarten, daß das Unternehmen den unzähligen Halsabschneidern unseres Geldmarktes erhebliche Einbuße verursachen wird.

— Die von hier nach Cöln abgegangenen 90 Pferde sind, da eins derselben gefallen, ein zweites als wurmverdächtig niedergestochen werden mußte, am Bestimmungsorte zurückgewiesen und hier wieder eingetroffen; die durch den Hin- und Hertransport entstandenen Kosten sind beträchtlich und der Schaden der Lieferanten sehr groß.

Elbing. Gegenwärtig grassiren neben sehr häufigen, langwierigen und beschwerlichen Katarrhen auch die Masern recht häufig, und mehrfach werden auch erwachsene und ältere Personen von dieser Krankheit heimgesucht.

Strasburg. Durch Erkenntniß der Provinzial-Steuer-Direction zu Danzig ist der Rittergutsbesitzer v. Czapski aus Bobrowo subsidiarisch für seinen Brennereiverwalter wegen Maischsteuer-Contravention und Defraudation zu einer Conventionalstrafe von einhundert Thalern und zu einer Defraudationsstrafe von 21,404 Thalern sowie hintergezogener Maischsteuer 5351 Thaler verurtheilt worden. Ebenso werden die betreffenden Maischbottige confiscirt.

Königsberg. Vor dem diesmaligen Schwurgericht wird ein Criminal-Prozeß zur Verhandlung kommen, der seit langer Zeit im Publikum vielfach besprochen wurde. Er betrifft die Unterschlagung und Fälschung von Fahrbillets, die Seitens des Publikums bei den Fahrten auf der Ostbahn gebraucht waren und Seitens einzelner Beamten von Neuem benutzt worden sein sollen.

— In einer Abtheilung des Pulver-Laboratoriums im Fort Friedrichsburg, in welcher grade ein Unteroffizier und 3 Mann mit Pulverreiben beschäftigt waren, explodirten vor einigen Tagen 8 Pfd. Pulver. Ein Mann ist wunderbarerweise

unversehrt geblieben. Die beiden andern Musketiere sind arg im Gesicht und auf dem Kopfe verbrannt. Der Unteroffizier wurde durch die Thür geschleudert und hat ein Bein gebrochen. Die drei Verletzten sind nach dem Lazareth gebracht. Man nimmt an, daß sich Sand unter dem alten Pulver befunden habe und so bei dem Verreiben desselben die Explosion entstanden sei.

— Neuerdings sind von der Kaiserl. Russischen Regierung eine Menge gebildeter junger Preußen unter günstigen Aussichten zur Wahrnehmung des Telegraphendienstes bei neu errichteten Stationen beschäftigt worden, ein Beweis, wie fremdländischerseits preußische Intelligenz geschätzt wird, nachdem die Unzuverlässigkeit der polnischen Beamten nachgerade unerträglich geworden war.

[Eingesandt.]

Nochmal Vorschule zur Vorschule.

Also weil die Klassenzimmer der höheren Lehranstalten für eine bestimmte Zahl von Schülern eingerichtet sind, der Zudrang aber zu groß, so sollen nur Kinder mit genügender Vorbildung zugelassen werden. Sind denn die Klassenzimmer der nicht höheren Lehranstalten für eine unbegrenzte Zahl von Schülern eingerichtet, oder auch für eine bestimmte? Und Andrang ist auch hier vorhanden. Da wird denn freilich durch Klassenvermehrung geholfen, doch nicht stets und überall. Es sollen nur Kinder mit genügender Vorbildung zugelassen werden. Also Vorbildung zu den Vorschulen. Diese Vorbildung sollen die Kinder in den reorganisirten Bürgerschulen finden. Wo sind denn Bürgerschulen reorganisirt? Die Reorganisation umfaßte die Elementar-, Frei- und Pauperschulen, welche combinirt worden. Das sind aber keine Bürgerschulen. Die St. Catharinen- und die St. Trinitatis-Mittelschule sind Bürgerschulen. Diese sind aber vorweg von der Reorganisation eximirt gewesen. Wenn diese beiden nun auch noch die Vorbereitung zu den Vorschulen übernehmen sollen, sie, die mit sich allein schon vollauf zu thun haben, so müssen sie mehr Klassen bekommen. Gewiß können auch die reorganisirten Schulen für die Vorschulen vorbereiten. Aber ist wohl anzunehmen, daß sämmtliche Eltern, die ihr Kind einmal für die höheren Anstalten bestimmt haben, es zur Vorbereitung unter die Kinder der reorganisirten Schulen schicken werden? Zu der Gleichheit sind wir noch nicht hindurch gedrungen. Da wird denn Privatunterricht, da werden Privatschulen eintreten. Manche Eltern werden die vorhandenen Schulen als Vorbereitungsstadien benutzen, manche den Privatunterricht. Nun denn, so können die Kinder auf diesen beiden Wegen auch so weit vorbereitet werden, daß gar keine Vorschulklassen an den höheren Anstalten nöthig sind. Hierüber später in einem längeren Artikel.

Räthsel.

Ich diene in der Cavallerie ganz gern,
Mein Ahn war einst dem alten Fritz viel werth,
Und höre ich Trompeter in der Fern',
So weiß ich, daß man dort gewiß mich ehrt.

Ich bin so einer von dem alten Schlag,
Ich liebe alten Käse, altes Brot;
Doch alter Butter jag' ich niemals nach,
Der Arme kennt mich wohl in seiner Noth. L. B.

Schiffs-Rapport aus Neufahrwasser.

Angekommen am 20. März.

Leader, Medusa (SD.), v. Cardiff, m. Schienen. — Ferner 1 Dampfer (Smyrna) m. Ballast.

Nichts in Sicht. Wind: SO.

Börsen-Verkäufe zu Danzig am 20. März.

Weizen, 15 Last, 128.30pfd. fl. 630—645; 118.119pfd. fl. 530 pr. 85pfd.

Roggen, 120pfd. fl. 348—351; 126.27pfd. fl. 373½; pr. 81⅚pfd.

Kleine Gerste, 103pfd. fl. 294 pr. 72pfd.

Meteorologische Beobachtungen.

19	4	336,95	+ 0,9	SSO. stürmisch, bewölkt.
20	8	334,45	— 3,4	OSO. do., bed. m. Schnee.
	12	332,69	— 2,5	SO. do. do.

Angekommene Fremde.

Englisches Haus:

Die Kaufl. Lodde a. Leipzig u. Hesse a. Frankfurt.

Hotel zum Kronprinzen:

Ober-Inspector Dietzler a. Essen. Die Kaufl. Cohn a. Berlin, Goldmann a. Barmen, Eycke a. Elbing, Eisenstädt a. Stuhm, Aderholdt a. Nordhausen u. Kuhlmann a. Iserlohn.

Schmelzer's Hotel zu den drei Mohren:

Oberst-Lieut. Below a. Elbing. Gutsbes. Pittkow a. Königsberg. Rentier Schneider a. Marienwerder. Die Kaufl. Wittemann a. Frankfurt a. M., Unger aus Paris, Bartels a. Leipzig u. Waak a. Thorn.

Walter's Hotel:

Baumeister Sämann a. Neustadt. Die Kaufleute Jacobsohn a. Berent, Putsch a. Stettin und Busch aus Mühlhausen. Schiffskapitain Soltederson n. Gattin a. Königsberg. Frau Dr. Schumann a. Berent.

Hotel de Thorn:

Ober-Amtmann Bieler a. Bankau. Gutsbes. Naumann a. Stüblau. Restaurateur Neumann a. Altfelde. Die Kaufl. Rückhardt a. Mannheim, Michaelis a. Erfurt u. Pottlitzer a. Freystadt.

Verantwortliche Redaction, Druck und Verlag von Edwin Groening in Danzig.